

Diskussion

HEINRICH AUGUST WINKLER

HANS ROTHFELS – EIN LOBREDNER HITLERS?

Quellenkritische Bemerkungen zu Ingo Haars Buch
„Historiker im Nationalsozialismus“

In ihrer Ausgabe Nr. 22/23, die das Datum vom 25. Mai/1. Juni 2001 trägt, veröffentlichte die Wochenzeitung „Das Parlament“ eine Besprechung des Buches „Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der ‚Volkstumskampf‘ im Osten“ von Ingo Haar¹. Der Rezensent, Dieter Schmidt-Sinns, beschreibt darin, gestützt auf Haars Darstellung, den Historiker Hans Rothfels, der von 1926 bis 1934 an der Universität Königsberg lehrte und nach seiner Rückkehr aus dem amerikanischen Exil einer der Gründerväter der bundesrepublikanischen Zeitgeschichtsforschung wurde, als „tragische Figur“. Rothfels, ein zum Protestantismus konvertierter Jude, dem die Nationalsozialisten im Jahr nach ihrer „Machtübernahme“ die Königsberger Professur entzogen, sei ein „Opfer der Ideologie“ geworden, „die er, wenn auch ohne deren Antisemitismus, vertrat“.

Hans Rothfels (1891–1976) war ein bekennender Konservativer. In seinen Königsberger Jahren entwickelte er Positionen, die ihn als Vertreter eines kämpferischen Grenzlandnationalismus erscheinen lassen. Das zeigt sich besonders an seinen noch zu erörternden Äußerungen zum „polnischen Korridor“, der Ostpreußen seit 1919 vom übrigen Reich trennte. Als Rothfels, verstärkt in den letzten Jahren der Weimarer Republik, die Beseitigung dieses Korridors forderte, begab er sich auf eine gefährliche revisionistische Bahn. Das taten freilich nicht nur Politiker, Publizisten und Wissenschaftler der nationalistischen Rechten, sondern auch solche der bürgerlichen Mitte.

Der revisionistische Konsens der Weimarer Republik reichte sogar noch sehr viel weiter: bis hin zu Sozialdemokraten und Kommunisten. So erklärte der langjährige sozialdemokratische Ministerpräsident des Landes Preußen, der gebürtige Königsberger Otto Braun, im November 1930 anlässlich der Grundsteinlegung zum Neubau der Handelshochschule Königsberg: „So wenig ich das an der polnischen Nation verübte Unrecht früherer Zeit gebilligt habe, ebensowenig kann ich es billigen, daß dieses Volk sein staatliches

¹ Ingo Haar, *Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der ‚Volkstumskampf‘ im Osten*, Göttingen 2000; Dieter Schmidt-Sinns, *Die „völkische Neuordnung“ im Osten. Geschichte als kämpfende Wissenschaft*, in: *Das Parlament*, Nr. 22/23, 25. 5./1. 6. 2001. – Ich danke dem Präsidenten des Bundesarchivs, Herrn Prof. Dr. Hartmut Weber, dem zuständigen Referenten des Bundesarchivs, Herrn Archivdirektor Dr. Jürgen Real, und Herrn Friedrich Dethlefs von der Stiftung Deutsches Rundfunkarchiv, Frankfurt a. M., für die Unterstützung meiner Recherchen.

VfZ 49 (2001)
© Oldenbourg 2001

Dasein auf ein Unrecht gegen ein anderes Volk, das deutsche Volk, aufbaut . . . Gegen dieses Unrecht werden wir immer protestieren, die gewaltsam durchgeführte, willkürliche, ungerechte neue Grenzziehung werden wir niemals als berechtigt anerkennen. Sie wird immer einen Stachel im deutschen Volkskörper bilden und einer wahren Befriedigung Europas hindernd im Wege stehen.“² Die Anti-Versailles-Agitation der äußersten Linken erreichte ihren Höhepunkt in einem von der Kommunistischen Internationale veranlaßten gemeinsamen Manifest der kommunistischen Parteien Deutschlands und Frankreichs vom 25. Oktober 1932. Einer der Kernsätze lautete: „Das räuberische Diktat unterdrückt zahllose Millionen in Elsaß-Lothringen, West- und Ostpreußen, Posen, Oberschlesien, Südtirol, ohne sie zu befragen, durch brutale Annexion.“³

Dem Historiker Hans Rothfels vorzuhalten, daß auch er einen markanten Beitrag zur nationalistischen Kampagne gegen das „Diktat von Versailles“ geleistet hat, ist eines. Ein anderes ist es, ihn zu einem Lobredner Hitlers zu machen. Der Rezensent des „Parlament“ tut das letztere: „In einer Rundfunkansprache zur Machtergreifung der Nationalsozialisten stellte er sich, wie Ingo Haar schreibt, rückhaltlos hinter das Regime, was auch hieß, daß er die Vertreibung der polnischen Bevölkerung aus den ehemaligen preußischen Ostgebieten guthieß.“

Die angebliche Rundfunkrede von Rothfels zur „Machtergreifung“ ist für den Autor des besprochenen Buches in der Tat ein Schlüsseldokument, auf das er sich bei seiner Bewertung der wissenschaftlichen und politischen Rolle des Königsberger Historikers stützt. Doch mit dieser Ansprache hat es eine besondere Bewandnis. Wäre der legendäre Rundfunksender „Radio Eriwan“ gefragt worden, ob es stimme, daß der jüdische Historiker Hans Rothfels 1933 in einer Rundfunkansprache sich rückhaltlos auf den Boden des neuen nationalsozialistischen Staates gestellt habe, hätte die Antwort wohl gelautet: „Im Prinzip ja. Aber die Rede wurde nicht nach der Machtübertragung an Hitler gehalten, sondern schon einige Zeit vorher. Außerdem stellte sich Rothfels in dieser Rede nicht rückhaltlos hinter das nationalsozialistische Regime. Er verteidigte vielmehr weitgehend das vorangegangene Regime, die Weimarer Republik.“

Haar hat das von ihm ausführlich kommentierte Manuskript aus dem Nachlaß von Hans Rothfels allzu flüchtig und voreingenommen gelesen. Im vorläufigen Findbuch des Bundesarchivs Koblenz wird der Beitrag unter der Überschrift „Der deutsche Staatsgedanke von Friedrich dem Großen bis zur Gegenwart“ auf 1933 datiert. Das ließe immer noch die Möglichkeit zu, daß die Ansprache vor dem Tag der Machtübertragung an Hitler, dem 30. Januar 1933, gehalten wurde. Aber Haar hat sich bereits 1997 in einer Vorstudie zu seinem Buch dafür entschieden, daß es sich um eine Rede „nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten“ gehandelt habe⁴. In seinem im Jahr 2000 erschienenen Buch wiederholt er diese Datierung, und auch an der Interpretation des Textes hat sich gegenüber dem Aufsatz von 1997 nichts geändert: „Der Königsberger Histori-

² Hagen Schulze, Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie, Frankfurt a. M. 1977, S. 675 f.

³ Gemeinsame Proklamation der Kommunisten Deutschlands und Frankreichs für die Nichtigerklärung des Versailler Vertrages, in: Internationale Pressekorrespondenz 12 (1932), Nr. 90 (20. 8.), S. 2869 f.

⁴ Ingo Haar, „Revisionistische“ Historiker und Jugendbewegung: Das Königsberger Beispiel, in: Peter Schöttler (Hrsg.), Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918–1945, Frankfurt a. M. 1997, S. 52–103 (Zitat S. 81).

ker verband mit der Errichtung der Diktatur die Hoffnung, daß der Primat des Staates, den er als ‚die Selbstgesetzlichkeit des Staates gegenüber den Interessenten‘ definierte, zu seiner ‚Quelle‘ zurückkehrte. Die Interessenten waren für ihn die Parteien, die den Staat eigennützig mißbrauchen würden. Dagegen plädierte er für eine autoritäre Führung, welche die durch den Parlamentarismus atomisierte Gesellschaft wieder integrativ zu einer ‚Volksgemeinschaft‘ verschmelzen müsse. Hindenburg ordnete Rothfels die ‚staatliche Aufgabe‘ zu, den ‚deutschen Staatsgedanken‘ ‚aus der Parteiluft‘ herauszuführen. Hernach reihte er Hitler in die Kontinuität Friedrichs des Großen und Bismarcks ein.“

Doch damit nicht genug. Rothfels, so heißt es bei Haar, habe sich von der Errichtung der Diktatur eine „Befreiung und Freihaltung des deutschen Bodens“ versprochen. „Rothfels forderte, daß sich der ‚deutsche Staatsgedanke‘ bei der Neuordnung des Reiches ‚gegenüber der Welt der nationalen Empfindungen‘ als ‚Ordnungsprinzip‘ durchzusetzen habe. Schließlich rücke der ‚mitteleuropäische Zug‘ des ‚deutschen Staatsgedankens‘ wieder nach vorn. Dieser sei mit der ‚Aufgabe des gesamten Raumes‘ verbunden, die Stellung des ‚seit 1919 aus der Weltpolitik‘ ausgeschiedenen Deutschen Reiches zu restaurieren. Obwohl Rothfels die völkischen Politikvorstellungen der radikalen Rechten durch Termini wie ‚Volkstum‘, ‚Volkraum‘ und ‚Freihaltung des deutschen Bodens‘ unterstützte, erteilte er den antisemitischen Inhalten der nationalsozialistischen Rassenideologie eine Absage. Er offerierte in seiner Radioansprache die Kernpunkte eines revisionistischen Politikverständnisses: Vor dem Ziel der ‚Freihaltung‘ des deutschen Bodens und einer Restauration von Deutschlands Weltmachtstellung erschien ihm die Beseitigung der letzten Spuren des Parlamentarismus durchaus gerechtfertigt.“⁵

Eine genauere Prüfung des Textes führt zu anderen Ergebnissen. Das im Nachlaß von Hans Rothfels im Bundesarchiv Koblenz aufbewahrte siebenseitige Manuskript enthält die erste und die letzten sechs (von insgesamt 28) Seiten einer in vier Teile gegliederten Reihe von Rundfunkansprachen. Der Text hat, wie ein Stempel des Senders auf der ersten Seite der Durchschrift des maschinenschriftlichen Manuskripts zeigt, der „Deutschen Welle“ vorgelegen. Das handschriftlich eingetragene Datum „9. Oktober“ ist durchgestrichen. Darunter steht „23./I., 20.“. Eine Rückfrage beim Deutschen Rundfunkarchiv in Frankfurt a. M. ergab, daß Hans Rothfels über das Thema „Der deutsche Staatsgedanke von Friedrich dem Großen bis zur Gegenwart“ im Rundfunk gesprochen hat – aber nicht bei der „Deutschen Welle“, sondern beim „Königsberger Rundfunk“, und nicht nach der „Machtübernahme“ Hitlers, sondern noch zur Zeit des letzten sozialdemokratischen Reichskanzlers Hermann Müller. Die Programmzeitschrift „Königsberger Rundfunk und Ostdeutsche Illustrierte“ kündigte für Donnerstag, den 23. Januar 1930, 20 Uhr, den ersten Vortrag von „Professor Rothfels von der Königsberger Universität“ zu besagtem Thema an. Diesem Vortrag würden „in den nächsten Wochen drei weitere über dasselbe Thema folgen“⁶.

Der Inhalt des Manuskripts weist Rothfels nicht, wie Haar meint, als einen der „radikalen Republikfeinde“ unter den deutschen Historikern, sondern eher als konservativen Vernunftrepublikaner aus⁷. Die Kernthese lautet, daß ein spezifisch deutscher, bis auf

⁵ Haar, *Historiker im Nationalsozialismus*, S. 129f.

⁶ *Königsberger Rundfunk und Ostdeutsche Illustrierte*, 7. Jg., Nr. 3, 19. 1. 1930, in: Stiftung Deutsches Rundfunkarchiv, Frankfurt a. M.

⁷ Haar, *Historiker im Nationalsozialismus*, S. 130.

Friedrich den Großen zurückzuverfolgender, mithin preußisch geprägter Staatsgedanke die Revolution von 1918/19 überlebt habe. Der „neue Staat“, also die Republik von Weimar, habe „seine Sicherung im Innern wie nach außen wesentlich durch Männer“ erhalten, „die nur unter stärkster Selbstüberwindung auf seinen Boden traten, durch das alte Beamtenum und die Freiwilligenkorps. Ebenso hat an denen, die aus dem Parteileben in verantwortlichen Dienst eintraten, die Staatsidee als solche ihre Kraft erwiesen. Ein bedeutendes Beispiel dafür ist der erste Präsident des Reiches gewesen. Man muß einmal seine Reden im Zusammenhang lesen, um zu sehen, in welchem Maße die staatliche Aufgabe ihn ergriffen und aus der Parteiluft herausgeführt hat.“

„Der erste Präsident des Reiches“: Das war bekanntlich der Sozialdemokrat Friedrich Ebert und nicht sein Nachfolger Paul von Hindenburg, von dem es bei Rothfels im folgenden Satz heißt, daß der „Staatsgedanke in niemand anderem so ergreifend verkörpert“ sei wie in ihm. Weiter sagt der Redner über den zweiten Reichspräsidenten: „Indem der letzte Führer des kaiserlichen Heeres, ein Mann vom Stil der Zeit Wilhelms I., an die Spitze des Staates trat, hat die Republik nicht nur eine Brücke zur Vergangenheit geschlagen, sondern auch für die Gegenwart und Zukunft das Geschenk einer erhebenden und verpflichtenden Ehrwürdigkeit erhalten. Der Staatsgedanke hat sich aufs neue wie zur Zeit Friedrichs des Großen und Bismarcks durch die Einschmelzung reichen Menschentums erhöhen dürfen.“ Haar verwechselt erst Ebert mit Hindenburg und dann Hindenburg mit Hitler. Folgerichtig verwechselt er auch die Weimarer Republik mit dem „Dritten Reich“.

Die erste deutsche Republik beschreibt Rothfels als „Notstaat, dessen Schwächen vielfach mit seiner Entstehungsgeschichte gegeben sind“, und der doch begonnen habe, „aus der Not heraus einen eigenen Inhalt zu entwickeln“, der gewollt oder ungewollt an ältere Entwicklungslinien anknüpfe. „Bei allen Lasten, die ihm auferlegt sind, hat der deutsche Staat den Vorteil eines sehr eindeutigen Zieles, der Befreiung und Freihaltung des deutschen Bodens. So hat die Not der Grenzgebiete im Osten und Westen zu einer Gemeinsamkeit geführt, die sehr viel bewußter als früher die Einheit von Rhein und Weichsel empfindet. In den Abstimmungskämpfen im Osten, in der Besatzungsfrage im Westen hat sich dieser erhaltende Charakter des Reiches stärker erwiesen, als man 1919 hoffen durfte. Die Doppelgefahr zielloser Verzweiflungstaten und einer müden Einpassung ist vermieden worden, man hat einen mühsamen Weg dazwischen eingeschlagen, und wir haben grade [sic!] in diesen Tagen allen Grund, daran zu erinnern, einen Weg geführt [sic!] mit den bescheidenen Mitteln, die uns geblieben sind, aber mit zähem schrittweisen Ringen um den Erfolg.“

„Gerade in diesen Tagen“: Am 20. Januar 1930, drei Tage vor dem ersten von Rothfels' Rundfunkvorträgen, war in Den Haag der von der nationalistischen Rechten heftig bekämpfte Young-Plan unterzeichnet worden. Er brachte Deutschland nicht nur eine leidenschaftlich umstrittene, vermeintlich abschließende Reparationsregelung, sondern auch ein wichtiges politisches Entgegenkommen der Siegermächte: Bis zum 30. Juni 1930, fünf Jahre vor dem im Vertrag von Versailles festgesetzten Termin, sollte die dritte und letzte Zone des besetzten Rheinlandes geräumt werden. Rothfels' Formel von der „Befreiung und Freihaltung des deutschen Bodens“ bezieht sich offenkundig *nicht*, wie Haar anzunehmen scheint, auf irgendwelche unerlösten Gebiete im Osten, sondern auf die für Deutschland erfolgreichen Gebietsabstimmungen von 1920/21, darunter die in den ost- beziehungsweise westpreußischen Regierungsbezirken Allenstein und Marienwerder, und auf die vorzeitige Räumung des besetzten Rheinlandes. Grenzkorrekturen

im Osten zugunsten Deutschlands wünschte Rothfels wie fast alle Deutschen der damaligen Zeit gewiß *auch*. Aber in seinem Rundfunkvortrag von 1930 hielt er sich in diesem Punkt auffallend zurück.

Die Regierung, die in mühsamen Verhandlungen die vorzeitige Räumung der zweiten und dritten Zone des Rheinlandes erreicht hatte, war ein Kabinett der Großen Koalition. Bis zu seinem frühen Tod am 3. Oktober 1929 war Gustav Stresemann der Außenminister dieser letzten parlamentarischen Mehrheitsregierung der Weimarer Republik gewesen. Rothfels würdigte ihn, im unmittelbaren Anschluß an die zuletzt zitierten Sätze, mit den Worten: „Aus solcher entsagungsvoller Arbeit, die den verantwortlichen Leiter frühzeitig verzehrt hat, kann der Staatsgedanke ein Kapital an Herbe und Strenge gewinnen. So ist es bezeichnend, daß grade [sic!] die auswärtige Politik den Mut zur Unpopularität gehabt hat, was immer für die Kraft der dahinter stehenden Idee spricht. Auch im Verzicht, in der bewußten Stilllegung bestimmter Fragen spricht sich der Staat als ein Ordnungsprinzip gegenüber der Welt der nationalen Empfindungen aus. Und zugleich steigt aus dem ‚Nichtüberalldabeiseinmüssen‘, wie es scheint, ein mitteleuropäischer Zug des deutschen Staatsgedankens wieder empor: Die Aufgabe des gesamten Raumes, der seit 1919 aus der Weltpolitik ausgeschieden ist und der das dringende Interesse daran hat, in seiner Art doch wieder eine selbständige Zone zwischen Osten und Westen zu bilden.“

Bei Haar verwandelt sich ein Lob für Stresemann in einen Appell an Hitler. Ähnlich abwegig ist die Interpretation eines anderen Zitats. Rothfels hebt im Zusammenhang mit der „Überwindung der Inflation“ besonders hervor, daß damals – 1923/24 – „zum ersten Mal wieder Härte und rücksichtslose Wahrheit durchbrachen. Auf einem Teilgebiet wurde die Selbstgesetzlichkeit des Staates gegenüber den Interessenten, die neben ihm und über ihn hinaus zu leben meinten, mit Energie durchgesetzt.“ Haar macht aus der Anerkennung einer der großen innenpolitischen Leistungen der Weimarer Republik eine Hoffnung, die der Redner in die Errichtung der Diktatur gesetzt habe, ja mehr noch: eine Rechtfertigung der „Beseitigung der letzten Spuren des Parlamentarismus“⁸.

Rothfels hat das Manuskript von 1930 in der Folgezeit noch mehrfach als Grundlage für öffentliche Vorträge benutzt. Aus solchen Anlässen nahm er zahlreiche handschriftliche Korrekturen, Streichungen und Ergänzungen vor. Das letzte Mal hielt er die Vorträge, verteilt auf zwei Abende, wohl im Januar 1933 in Königsberg; zumindest hat er sich zu jener Zeit auf solche Veranstaltungen vorbereitet. Auf diesen Verwendungszweck gehen offenbar die von dritter Hand angefertigte Außenaufschrift des einschlägigen Schubers im Nachlaß Hans Rothfels („Vorträge in Königsberg: 1. Der deutsche Staatsgedanke von Friedrich d. Gr. bis zur Gegenwart. 4 Vorträge. 1933 . . .“) und die Datierung „1933“ im vorläufigen Findbuch des Bundesarchivs zurück. Der ausführlichste Zusatz stammt eindeutig aus der Zeit der Präsidialkabinette, in einer punktuell aktualisierten Fassung wahrscheinlich vom Januar 1933. Es heißt dort, gegenüber dem „Illusionismus der wirtschaftlichen und politischen Inflation“ habe sich in der Politik der Stabilisierung und „ganz gewiß in den letzten 3 [gestrichen: 1½] Jahren . . . die wirtschaftliche Härte der Dinge“ überwältigend durchgesetzt. „Das Notverordnungsregiment ist in seiner Weise eine Wiederbelebung des alten Obrigkeitsstaates, der Ministerialbürokratie, die gewiß nur Über-

⁸ Ebenda; zum vorhergehenden Bundesarchiv Koblenz, Bestand N 1213: Nachlaß Hans Rothfels, Bd. 12.

gang sein kann, aber zunächst einmal den Staat vom Regiment der Interessenten löst und ihn fähig macht, die nationale Bewegung, die gegen ihn läuft, in sich aufzunehmen. Wir hoffen, daß das geschieht und daß die Opfer, die täglich gebracht werden, eine Bürgschaft dafür sind.“⁹

Rothfels' Position hatte sich in der Zeit der Präsidialkabinette gewandelt: Er war deutlich nach rechts gerückt, blieb aber *gouvernemental*. Er setzte auf die Einbindung und Zähmung der Nationalsozialisten. Er verfiel damit selbst dem von ihm angeprangerten „Illusionismus“. Zu einem Befürworter diktatorischer Krisenlösungen, wie sie Hugenburgs Deutschnationale propagierten, wurde er aber nicht. Seine Vorstellungen von einer Entradikalisierung und Integration der Nationalsozialisten lagen eher auf der Linie gemäßigter Konservativer wie Heinrich Brüning oder auch des letzten Weimarer Reichskanzlers Kurt von Schleicher, der sich bis in den Januar 1933 hinein vergeblich bemühte, die NSDAP oder mindestens einen Teil derselben in das Regierungslager zu ziehen.

Am 8. Januar 1933 hielt Rothfels anlässlich der Eröffnung der Ausstellung „Ostpreußen – was es leidet, was es leistet“ eine Rede in Berlin. Sein Vortrag folgte unmittelbar auf eine Ansprache des Reichsinnenministers Franz Bracht. Bei Haar lesen wir, Bracht habe an jenem Tag „zusammen mit Hans Rothfels die nationalpolitischen Prinzipien der Papen-Regierung“ dargelegt. Erneut unterliegt der Autor einer Verwechslung: Franz von Papen war als Reichskanzler bereits am 3. Dezember 1932 durch Kurt von Schleicher abgelöst worden¹⁰.

Was Rothfels in Berlin vortrug, war ein Revisionismus der besonderen Art. „So notwendig und selbstverständlich die Forderung auf Beseitigung des Korridors ist“, sagte er, „gerade von Ostpreußen aus wird in gleichem Atem zu vertreten sein, daß lokale Grenzrevisionen und rein provinzielle Lösungen die Aufgabe nicht erschöpfen. Ostpreußen wendet keineswegs nur den Blick nach Westen auf den Korridor, sondern es schaut und wirkt gleichzeitig nach Osten und Süden in das vor ihm gelegene Kraftfeld, es ist sich bewußt, daß dadurch auch das Korridorproblem ein positiveres Gesicht gewinnt. Im ganzen Ostraum ist ja eine reinliche Trennung der Nationen unmöglich, das westliche Prinzip des Nationalstaates mußte hier zur Farce werden. So wird alles darauf ankommen, ob das deutsche Volk, als Volk der Mitte, Kräfte bereit hält zur Ordnung zwischen den Völkern, ein Prinzip staatlicher Formung, das den Erfordernissen national gemischter Gebiete Rechnung trägt.“

Ostpreußen sei, so Rothfels weiter, das „gegebene Verbindungsglied zu den Deutschen der abgetretenen Gebiete und zu den wesentlichen Teilen des Auslandsdeutschtums“. Es werde zum „Vorkämpfer von Gedanken einer Neuordnung des Verhältnisses von Staat, Volk und Kultur, von Gedanken, die mit dem Dienst an der deutschen Volksgemeinschaft zugleich und eben deshalb imstande sind, der ganzen Ostzone Europas zu gesünderem Aufbau zu verhelfen, und zur Widerstandskraft nach außen. Wie vor 700 Jahren kann nur durch deutsche Kräfte eine Befriedung und eine Eindeichung gegen Asien geschehen. Wieder wie nur je in der Geschichte der Nordostmark ist mit seinem Dasein äußerster Not der Zwang verbunden, die Fahne vorwärts zu tragen. Das eigentümliche Auf und Ab, das die deutsche Gesamtentwicklung beherrscht, jenes Immerwiederzurückgewor-

⁹ Ebenda.

¹⁰ Haar, *Historiker im Nationalsozialismus*, S. 120ff.

fenwerden und Immerwiederaufnehmenmüssen vollzieht sich auf dem alten Kampfboden des Koloniallandes mit beispielhafter Deutlichkeit.“¹¹

Rothfels' Vortrag vom 8. Januar 1933 bezeugt seine Nähe zum Gedankengut von Autoren der „Konservativen Revolution“ wie Arthur Moeller van den Bruck, Max Hildebert Böhm und Giselher Wirsing. Seine These lief darauf hinaus, daß sich das westliche Ideal des demokratischen, ethnisch homogenen Nationalstaates nicht auf Gebiete nationaler Gemengelage übertragen ließ, wie sie in dem von Wirsing so genannten „Zwischeneuropa“, dem ostmittel- und südosteuropäischen Raum zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion, eher die Regel als die Ausnahme waren¹². Tatsächlich mußte das demokratische Mehrheitsprinzip, wenn es *uneingeschränkt* auch in ethnisch gemischten Gebieten angewandt wurde, zur Diskriminierung, wenn nicht zur Unterdrückung der jeweiligen nationalen Minderheiten führen. Aber den jungkonservativen Autoren und auch Rothfels ging es niemals *nur* um die Respektierung von ethnischem Pluralismus und um kulturelle Autonomie der Nationalitäten. Was liberal klang, war *zugleich* ein Ausdruck deutscher Hegemonialpolitik auf Kosten neuer Nationalstaaten wie Polen. Rothfels knüpfte dabei ganz bewußt an „Mitteleuropa“-Ideen des 19. Jahrhunderts, mit gewissen Einschränkungen auch an die Friedrich Naumanns von 1915 an. Zu keinem Zeitpunkt aber hat er gefordert, was ihm Haar und sein Rezensent Schmidt-Sinns unterstellen: die Vertreibung der polnischen Bevölkerung aus den ehemals preußischen Ostgebieten. Auch zwei entschieden revisionistische Arbeiten von Rothfels aus den Jahren 1933/34 – der Schlußbeitrag „Das Problem des Nationalismus im Osten“ zu dem von Albert Brackmann herausgegebenen Sammelband „Deutschland und Polen“ und der Aufsatz „Der Vertrag von Versailles und der deutsche Osten“ – stehen einer solchen Deutung entgegen¹³.

Hans Mommsen hat 1982 von Rothfels' nationalpolitischem Konzept aus der Zeit um 1930 gesagt, gemessen an den revisionistischen Zielen der deutschen Rechten sei es, „auch wenn sich Traditionslinien zum Imperialismus ergeben, gemäßigt und zum nationalen Ausgleich entschlossen“ gewesen. „Seine Kritik am Versailler Frieden lag jedoch nicht auf der Linie des landläufigen Revisionismus, der zur Lage vor 1914 zurückwollte. Rothfels verwarf das dem Pariser Friedenswerk zugrundeliegende Prinzip nationaler Abgrenzung; ihm schwebte eine unter deutscher Führung stehende föderativ-korporative Neustrukturierung des europäischen Ostens vor, die sich sowohl gegen das bolschewistische Rußland als auch gegen den westlichen parlamentarischen Zentralismus richtete. Gewiß betonte Rothfels die Notwendigkeit einer neuen ‚Gesinnung‘; aber das darf nicht darüber hinwegtäuschen, in welchem starkem Maße er an dem Machtstandpunkt festhielt.“¹⁴

¹¹ Hans Rothfels, Die historische und politische Bedeutung Ost- und Westpreußens in Vergangenheit und Gegenwart, in: Deutsche Gemeinde-Zeitung und Provinzial-Zeitung, 72. Jg., Nr. 4, 15. 2. 1933, S. 49–51.

¹² Vgl. Giselher Wirsing, *Zwischeneuropa und die deutsche Zukunft*, Jena 1932.

¹³ Hans Rothfels, Das Problem des Nationalismus im Osten, in: Albert Brackmann (Hrsg.), *Deutschland und Polen. Beiträge zu ihren geschichtlichen Beziehungen*, Berlin 1933, S. 259–270, wieder abgedruckt in: Hans Rothfels, *Ostraum, Preußentum und Reichsgedanke. Historische Abhandlungen, Vorträge und Reden*, Leipzig 1935, S. 183–194, und in: Ders., *Bismarck, der Osten und das Reich*, Darmstadt 1960, S. 255–267 (Nachbemerkung S. 294 f.); ders., *Der Vertrag von Versailles und der deutsche Osten*, in: *Berliner Monatshefte* 12 (1934), S. 3–24; Haar, *Historiker im Nationalsozialismus*, S. 116 ff., S. 200 f.

¹⁴ Hans Mommsen, Hans Rothfels, in: Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), *Deutsche Historiker*, Bd. IX, Göttingen 1982, S. 127–149, Zitate S. 136 f.; zu Rothfels' Verhältnis zur „Konservativen Revoluti-

Haar zufolge war Rothfels „der einzige Historiker, der die Osthilfe und die Siedlungskampagne der [sic!] deutschen Reichsregierung durch ein geschlossenes Geschichtsbild zu rechtfertigen wußte“¹⁵. Tatsächlich gibt es keinerlei Hinweis darauf, daß Rothfels auf die Politik der späten Weimarer Reichskabinette irgendeinen Einfluß gehabt hätte. Der Berliner Vortrag vom 8. Januar 1933 blieb ohne politischen und publizistischen Widerhall. Die deutschnationale „Kreuz-Zeitung“ erwähnte Rothfels' Vortrag in ihrem Bericht von der Eröffnung der Ostpreußen-Ausstellung mit keinem Wort. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, ein kaum weniger weit rechts stehendes Blatt, begnügte sich mit dem Satz: „Nach Dr. Bracht sprach noch Universitätsprofessor Dr. Rothfels (Königsberg) über ‚Die historische und politische Bedeutung Ost- und Westpreußens in Vergangenheit und Gegenwart‘“¹⁶.

Aus dem Königsberger Kreis um Rothfels sind zwei der später einflußreichsten Historiker der Bundesrepublik Deutschland, Werner Conze und Theodor Schieder, hervorgegangen. Beide haben sich 1939 und in den Jahren danach zu Anwälten einer Politik der völkischen Neuordnung in Ostmitteleuropa und einer „Entjudung“ Polens gemacht. Die Frage, wo die Juden bleiben würden, die zwecks „Herstellung einer gesunden Volksordnung“ aus den polnischen Städten „herausgelöst“ werden sollten (Schieder), haben beide nicht gestellt¹⁷. War Rothfels der intellektuelle Urheber dessen, was Conze und Schieder später zu Papier brachten? Haar scheint das zu glauben; zumindest suggeriert er diesen Eindruck. Rothfels hat in seiner Königsberger Zeit methodisch innovative Forschungen zur „Volksgeschichte“, darunter Conzes Dissertation über eine deutsche Sprachinsel in Livland, gefördert¹⁸. Er selbst blieb zu staatsbezogen im Bismarckschen Sinne, um sich der „Volksgeschichte“ oder später, nach 1945, der „Struktur“- oder „Sozialgeschichte“ im Sinne Conzes zu verschreiben. Rothfels hat nicht nur seine Schüler beeinflußt, er ist

on“ vgl. S. 123 ff. Zum Mitteleuropagedanken bei Rothfels vgl. seinen Rigaer Vortrag vom 15. 1. 1933: „Das Werden des Mitteleuropagedankens“ in: Rothfels, Ostrau, S. 228–248, sowie in: Ders., Bismarck, S. 267–289 (Nachbemerkung S. 295).

¹⁵ Haar, Historiker im Nationalsozialismus, S. 121.

¹⁶ Ostpreußen gehört zum Reich!, in: Kreuz-Zeitung, 9. 1. 1933; Ostpreußen, was es leidet, was es leistet, in: Deutsche Allgemeine Zeitung, 9. 1. 1933 (Hervorhebung im Original).

¹⁷ Angelika Ebbinghaus/Karl Heinz Roth, Vorläufer des „Generalplans Ost“. Theodor Schieders Polendenkschrift vom 7. Oktober 1939, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. u. 21. Jahrhunderts 7 (1992), S. 61–94 (Zitate S. 85 ff.); vgl. auch Michael Fahlbusch, „Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik“? Die „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften“ von 1931–1945, Baden-Baden 1999; Götz Aly, „Endlösung“. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden, Frankfurt a. M. 1995, S. 29 ff.; ders., Rückwärtsgewandte Propheten. Willige Historiker – Bemerkung in eigener Sache, in: Ders., Macht – Geist – Wahn. Kontinuitäten deutschen Denkens, Berlin 1997, S. 153–183 (zu Conze S. 161 ff.); ders./Susanne Heim, Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung, Hamburg 1991, S. 102 ff.; Willi Oberkrome, Volksgeschichte. Methodische Innovationen und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft 1918–1945, Göttingen 1993; Karen Schönwälder, Historiker ohne Politik. Geschichtswissenschaft im Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 1992; Michael Burleigh, Germany turns Eastward. A Study of Ostforschung in the Third Reich, Cambridge 1988; Winfried Schulze/Otto Gerhard Oexle (Hrsg.), Deutsche Historiker im Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 1999.

¹⁸ Vgl. Werner Conze, Hirschenhof. Die Geschichte einer deutschen Sprachinsel in Livland, Berlin 1934.

auch von ihnen beeinflusst worden. Der Rechtsruck, den er nach 1930 vollzog, hing auch mit der Radikalisierung seines jungkonservativen Schülerkreises und der Studentenschaft insgesamt zusammen.

Als im Sommersemester 1933 viele seiner Studenten „wegen des nachfolgenden SA-Dienstes“ (Conze) in braunen Uniformen an seinen Seminaren teilnahmen, hatte er dafür volles Verständnis¹⁹. Ein Jahr später, am 25. Juli 1934, mußte der Dreiundvierzigjährige, von den Nationalsozialisten aus dem Lehramt vertrieben, von seinen Schülern Abschied nehmen. In einer (im Wortlaut überlieferten) Ansprache versicherte er ihnen, sie hätten ihm das geschenkt, „was dem Manne um 40 mit das Wichtigste ist, das Gefühl, an der richtigen Stelle im Generationszusammenhang zu stehen“. Er wünsche sich nichts anderes, „als daß Sie von der großen Zeitbewegung aufs stärkste und innerlichste ergriffen sind und sie als Totalität nehmen. Wenn Ihre Entscheidung gleichwohl das menschliche Verhältnis unangetastet ließ, so haben Sie mich dadurch für vieles entschädigt, was ich in den letzten 1½ Jahren habe herunterschlucken müssen.“

Rothfels und seine Schüler hatten sich gegenseitig in ihrer „nationalen“ Gesinnung und ihrer Auffassung von „kämpfender Wissenschaft“ bestärkt. Auch das gehörte zu der „Gemeinschaft“ seines Kreises, von der der scheidende Königsberger Historiker sagte, daß sie so wohl nur „an wenigen Stellen des deutschen Universitätslebens Wirklichkeit gewesen“ sei²⁰. Rothfels hatte, als er Polen gegenüber die kulturelle Überlegenheit des Deutschtums betonte und daraus ein Recht des Reiches auf die politische Vorherrschaft in Ostmitteleuropa ableitete, eine chauvinistische Position bezogen. Zu Vorkämpfern ethnischer Säuberungen aber hat er seine Schüler *nicht* erzogen.

Haars Buch hat überwiegend positive Würdigungen gefunden – auf weiten Strecken zu Recht. Seine Darstellung deckt Zusammenhänge zwischen Geschichtswissenschaft und Nationalsozialismus auf, die von den deutschen Historikern nach 1945 ignoriert, ja was die neuere und neueste Geschichte angeht, fast schon systematisch „verdrängt“ worden sind²¹. Darin liegt das große Verdienst dieser von Heinz-Gerhard Haupt betreuten Hallenser Dissertation. Was Haar aber ganz und gar nicht gelingt, ist eine Einordnung seines engeren Untersuchungsgegenstandes in größere Zusammenhänge wie den Weimarer Anti-Versailles-Konsens, das Aufeinanderprallen von deutschen und nichtdeutschen Nationalismen im östlichen Mitteleuropa der Zwischenkriegszeit und

¹⁹ Ders., Hans Rothfels, in: Historische Zeitschrift 237 (1983), S. 311–360 (Zitat S. 328); vgl. auch Wolfgang Neugebauer, Hans Rothfels' Weg zur vergleichenden Geschichte Ostmitteleuropas, besonders im Übergang von früher Neuzeit zur Moderne, in: Berliner Jahrbuch für osteuropäische Geschichte 1996/1, S. 333–378; ders., Hans Rothfels als politischer Historiker der Zwischenkriegszeit, in: Peter Drewek u. a. (Hrsg.), Ambivalenzen der Pädagogik. Zur Bildungsgeschichte der Aufklärung und des 20. Jahrhunderts. Harald Scholtz zum 65. Geburtstag, Weinheim 1995, S. 169–183.

²⁰ Bundesarchiv Koblenz, Bestand N 1213: Nachlaß Hans Rothfels, Bd. 142.

²¹ Vgl. Manfred Hettling, Volk und Blut. Ingo Haars Pionierstudie über deutsche Historiker im Nationalsozialismus, in: DIE ZEIT, Nr. 40, 28. 7. 2000; Karl Heinz Roth, Die elitäre Variante der nationalen Erhebung. Das aufregende Buch von Ingo Haar enthüllt erstmals detailliert die NS-Vergangenheit der Galionsfiguren der bundesdeutschen Historiker, in: tageszeitung, 7. 11. 2000; Christoph Kleßmann, Zynische Gedankenlosigkeit und Planungseuphorie. „Volkstumskampf“ und „Lebensraum“: Namhafte Historiker als Politikberater im Nationalsozialismus, in: FAZ, 21. 12. 2000; Christoph Jahr, Forschung für den „Volkstumskampf“. Die deutsche Geschichtswissenschaft im Nationalsozialismus, in: Neue Zürcher Zeitung, 16. 5. 2001.

vor allem das konfliktbeladene Verhältnis zwischen Deutschland und Polen. Im Fall Rothfels hat der Autor darüber hinaus gegen die elementarsten Grundregeln eines kritischen Umgangs mit Quellen verstoßen. Haar hat allen Anlaß, sich öffentlich zu korrigieren – und das nicht erst, wenn es zu einer zweiten Auflage seines Buches kommen sollte²².

²² In diesem Zusammenhang werden die Unterschiede zwischen den Positionen von Hans Rothfels und Hans Herzfeld einerseits, Friedrich Meinecke und Hermann Oncken andererseits von Haar in dramatisierender Absicht verzeichnet. Abwegig ist es, Oncken den „kleindeutschen Historikern“ zuzurechnen. Vgl. Hermann Oncken, *Die Wiedergeburt der großdeutschen Idee* (1920), in: Ders., *Nation und Geschichte. Reden und Aufsätze (1919–1935)*, Berlin 1935, S. 45–70; Haar, *Historiker im Nationalsozialismus*, S. 97 ff. Zur verzerrten Darstellung des Falles Rothfels bei Haar gehört auch die Behauptung, Rothfels (der 1939, kurz vor Kriegsausbruch, nach England emigrieren konnte) habe dort „bis 1941“ [sic!] einen Teil seiner früheren Bezüge ausgezahlt bekommen. Ebenda, S. 203. Haar verweist als Beleg auf einen Brief des Kurators der Albertus-Universität Königsberg (Pr.), Friedrich Hoffmann, an Rothfels vom 10. 5. 1939 (Bundesarchiv Koblenz, N 1213: Nachlaß Hans Rothfels, Bd. 20). In diesem Schreiben an „Herrn Prof. Dr. Hans Israel Rothfels, Berlin-Nikolassee, Paul-Krause-Str. 6“, wird Rothfels ohne Anrede mitgeteilt, daß ihm der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung durch Erlaß vom 4. 5. 1939 „unter dem Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs und unter der Voraussetzung, daß Sie im Auslande eine wissenschaftliche Lehrtätigkeit nicht ausüben werden“, gestattet habe, „einstweilen bis Ende April 1941“ seinen dauernden Aufenthalt in England zu nehmen. Die Dienstbezüge des Emeritus sollten in voller Höhe auf ein „Sonderkonto Versorgungsbezüge“ bei einer Devisenbank in Berlin überwiesen werden. Es versteht sich von selbst, daß diese Regelung durch den Kriegsbeginn obsolet wurde.